ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Österreich - gefährliche Brücke zu, Osten?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Österreich - gefährliche Brücke zu, Osten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 3, pp. 130-132

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132245

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Österreich – gefährliche Brücke zum Osten?

Ein Protest gegen unsere Neujahrsbetrachtung und die Antwort unseres Korrespondenten*)

Gewiß — die Meinungen in Österreich sind geteilt. Wie sollte das auch in dieser schwierigen Situation anders sein. So ist auch die Neujahrsbetrachtung unseres Korrespondenten, der die Neutralitätspolitik Österreichs mit einem großen Fragezeichen versah, nicht unwidersprochen geblieben. In Anbetracht der jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in Österreich dürfte dieser Protest besondere Beachtung verdienen. Es gebietet aber die Fairness, daß wir unseren Korrespondenten, auf diesen Protest antworten lassen. Und dabei wird man sehen, daß — richtig verstanden — die Kontroversen nicht gar so groß sind.

Wien, den 8. Februar

An die
Redaktion „Wirtschaftsdienst"
Hamburg 36, Poststr. 11

Sehr geehrte Herren!

Im Januarheft 1956 brachten Sie in der Rubrik „Zeitgespräch" auch einen Aufsatz über Österreich, der unter der Überschrift „Gefährliche Brücke zum Osten" mit Absicht eine in jeder Beziehung durchaus einseitige Stellungnahme wiedergibt, die keinesfalls unwidersprochen bleiben darf.

Seit Abschluß des österreichischen Staatsvertrages haben die Spannungen zwischen den beiden großen Lagern neuerlich zugenommen, und es muß deshalb als ein hohes Verdienst der österreichischen Regierung, insbesondere des Bundeskanzlers Raab und Außenministers Figl, angesehen werden, daß die für Österreich vor der Genfer Konferenz der Großen Vier günstige weltpolitische Lage im vollen Maß ausgenützt wurde. In einem solchen Zeitpunkt, wo die Entscheidung über Freiheit und Unabhängigkeit eines ganzen Volkes in Schwebe hing, noch lange über eine nicht ins Gewicht fallende Verbesserung der wirtschaftlichen Klauseln mit der UdSSR zu verhandeln und dabei den Abschluß des Vertrages in seiner Gesamtheit zu gefährden, erscheint jedem vernünftig denkenden Menschen töricht und verantwortungslos. Deshalb ist uns Österreichern auch „ein bitteres Gefühl, den Staatsvertrag zu teuer erkauft zu haben", völlig fremd. Selbstverständlich mußten wir für die Erlangung der Freiheit gewisse Opfer auf uns nehmen, weil keine der vier Großmächte mit einer Verbeugung allein ihren Fuß vom österreichischen Boden zurückzog, doch zahlen wir diesen Preis gern. Nach 17 Jahren Bevormundung und Unterdrückung wird man eben in dieser Beziehung etwas großzügig, das mag stimmen.

Die österreichische Delegation hat zum erstenmal anläßlich der Berliner Konferenz die Erklärung abgegeben, Österreich würde sich in Hinkunft an keinen militärischen Bündnissen beteiligen und ebensowenig die Errichtung fremder Militärstützpunkte auf seinem Boden dulden. Diese als Rettungsversuch hingestellte freiwillige Verpflichtung Österreichs entspricht in Wirklichkeit einem aufrichtigen Bedürfnis der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung, auf deren Rücken in den vergangenen Jahren schon zu viele strategische Experimente ausgetragen wurden. Allerdings ist uns Österreichern auch nicht die Ansicht gewisser „fürsorglicher Freunde" im Westen verborgen geblieben, die ihre Soldaten lieber weiterhin an der Enns hätten stehen sehen als die Aufgabe dieser Positionen im Zusammenhang mit dem Abzug der Russen aus Ost-Österreich.

Über die Zweckmäßigkeit einer mit hohen Kosten verbundenen Wiederaufrüstung, die automatisch mit einer Senkung des Lebensstandards verbunden ist, kann man heute im Zeitalter der strategischen Atomwaffen, vorsichtig ausgedrückt, zumindest geteilter Meinung sein. Sicher ist, daß wir jedem Eindringling entgegentreten werden, egal, aus welcher Himmelsrichtung er kommt. Wenn aber Österreich als strategisches Aufmarschgebiet von einem der Machtblöcke auserwählt wird — was ihm erspart bleiben möge —, so ist es belanglos, welcher Prozentsatz des Budgets den Wehrausgaben gewidmet wurde. Ein Kampf um jeden Preis könnte in diesem Fall höchstens die Zahl der Opfer vergrößern, ohne auf das militärische Ergebnis einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Viel entscheidender für ein staatliches Eigenleben erscheint uns eine innere wirtschaftliche Konsolidierung; für die Zahl der aufzustellenden Truppenkontingente und die Höhe der Dotation im Budget wird die Regierung bestimmt ein gesundes Maß finden.

Nicht gerade bestürzt sind Österreichs Handelspolitiker bei dem Gedanken, der Osthandel des Landes könne sich von der bisherigen Stagnation erholen. Die Oststaaten sind bislang nicht als monopolistischer Handelspartner aufgetreten und werden es auch in Zukunft nicht tun, weil Österreich mit jedem einzelnen von ihnen bilateral verhandelt. Demzufolge wird nicht mit dem „Ostblock" schlechthin Handel getrieben, sondern mit einer Mehrzahl von Staaten, die zugegebenermaßen ihre Planwirtschaften teilweise aufeinander abgestimmt haben. Jedenfalls ist der Warenaustausch zwischen Österreich und seinen östlichen Handelspartnern noch weit davon entfernt, für Österreich verhängnisvolle Bindungen heraufzubeschwören. Ganz im Gegenteil, eine Vertiefung der Handelsbeziehungen, die man in früheren Jahren vielfach bespöttelte, wäre durchaus wünschenswert, wenigstens vom österreichischen Standpunkt.

Hingegen bereitet beispielsweise das Handelspassivum gegenüber der Bundesrepublik Deutschland den zuständigen österreichischen Stellen weitaus mehr Sorgen. Ein derartiger Aderlaß an Österreichs Devisenvorräten bei strukturell denkbar ungünstigen Tauschbedingungen ist auf die Dauer für Österreich unhaltbar. Wollen wir aber diese Randbemerkung an dieser Stelle lieber nicht fortsetzen!

Die vom Lande Niederösterreich beabsichtigte Aufnahme einer Anleihe aus Geldern, die bei der Übernahme der USIA-Betriebe durch Österreich zugunsten der sowjetischen Staatsbank bei der Österreichischen Nationalbank hinterlegt werden mußten, als große Gefahr für Österreich zu bezeichnen, ist bei logischer Überlegung mehr als merkwürdig. Viel mehr Unruhe kann von diesem Guthaben ausgehen, wenn es innerhalb kurzer Zeit für den Ankauf österreichischer Waren Verwendung findet, an denen bereits Knappheitserscheinungen auftreten, oder wenn der freie Schillingkurs in Zürich empfindlich gedrückt wird. Dem Land Niederösterreich, das unter der Besatzung am schwersten litt und dem bei der Verteilung der ERP-Kredite eine wahrhaft stiefmütterliche Behandlung widerfuhr, sei diese billige Anleihe für den Ausbau seines Straßennetzes und ähnlicher Vorhaben wirklich gegönnt.

Die Mutmaßungen über Österreichs Rolle im Transitgeschäft mit strategischen Waren gehen an den Tatsachen gleichfalls weit vorbei. Glaubt wirklich jemand, die Österreichische Nationalbank würde unbeschadet anderer Kontrollen EZU-Devisen zur Verfügung stellen, um ein Guthaben in einer nicht einmal beschränkt konvertierbaren Verrechnungswährung zu ernten?

Zuletzt noch eine Bemerkung zu dem Appell, Österreichs unverzüglicher Beitritt zur Montanunion könnte es in den Augen der westlichen Welt einigermaßen rehabilitieren und seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Kreise der freien europäischen Nationen unterstreichen.

Abgesehen von der politischen Hypothek, mit der Österreich seinen Neutralitätsstatus leichtfertig belasten würde — die Montanunion ist nun einmal das wirtschaftliche Rückgrat der kontinentalen NATO-Mitglieder —, handelt es sich hier auch um wirtschaftliche

*) Vgl. „Wirtschaftsdienst", Nr. 1/1956, S. 3.

Probleme, die ebenso bedeutungsvoll sind. In Konjunkturzeiten hat die Montanunion wohl Erfolge gezeitigt, es erhebt sich aber die Frage, ob bei einer wirtschaftlichen Depression ein Kleinstaat wie Österreich, der keinen eigenen Zugang zum Meer besitzt und folglich auch im Überseehandel von vornherein im Nachteil ist, von den „Großen" nicht unversehens „in die Presse" genommen würde. Damit soll jedenfalls angedeutet sein, daß ein Abseitsstehen Österreichs noch lange keine Mißtrauenskampagne wegen mangelnder Untermauerung seiner ideologischen Ausrichtung zum Westen rechtfertigt.

Zu Österreichs wahren Freunden zählen jene, die seine neue Stellung in der Gemeinschaft der Völker ohne Vorbehalt anerkennen. Alle anderen, die jetzt aus Ärger über davongeschwommene Felle Hader und Mißgunst säen, erweisen sich eines solchen Prädikats unwürdig.

Hochachtungsvoll!
G. P.

„Die Neutralität muß einen Inhalt haben!"

Wien, den 9. März

Sehr geehrter Herr Berghändler!

Sie waren so freundlich, mich von der Zuschrift des Herrn G. P. auf meine Neujahrsbetrachtung über die wirtschaftspolitische Stellung Österreichs in Kenntnis zu setzen, und ich mache gern von Ihrem Angebot Gebrauch, auf diese Zuschrift zu antworten. Das Rad der Geschichte dreht sich weiter, und in jedem Augenblick bieten sich neue Aspekte.

Die letzten Monate haben gezeigt, daß Österreichs Neutralität zu einem Zentralproblem der österreichischen und damit der mitteleuropäischen Politik geworden ist. Es genügte eben nicht, die Neutralität zu erklären, man mußte ihr auch einen Inhalt geben.

Über diesen Inhalt entstand eine lebhafte Diskussion, um so mehr, als Bundeskanzler Raab sich zunächst der sozialistischen Forderung widersetzte, den Eintritt Österreichs in den Straßburger Europarat vorzunehmen, obwohl dies schon vor Jahr und Tag mit den Stimmen der ÖVP in Aussicht genommen war. Aber auch die geplante russische Anleihe an das Land Niederösterreich verwirrte die Gemüter. Bei einer Frage des Prinzips schien das beschwichtigende Argument des „non olet" keineswegs gerechtfertigt. Der Verwunderung über diese Haltung hat der Wiener Berichterstatter des Daily Telegraph, Dr. Shephard — ein konzilianter Mann, aber scharfer Beobachter — deutlich genug Ausdruck verliehen, viel deutlicher als wir in unserer Neujahrsbetrachtung. Er hat damit viel Staub aufgewirbelt.

Somit drohte eine Welle des Mißtrauens, sowohl in der westlichen Welt als auch unter den Österreichern. Parteipolitische Propaganda verschärfte die Vertrauenskrise. Paradox muß es in Deutschland anmuten, daß die Sozialisten vor den Russen und den Gefahren einer Ostorientierung warnten, Kanzler Raab aber die Neutralitätspolitik verteidigte.

Inzwischen haben sich die Gemüter beruhigt. Kanzler Raab hat versichert, daß die Neutralität nur den Staat militärisch binde. Wie es heißt, habe man solange Rücksicht auf die Russen genommen, bis der Handelsvertrag von ihnen ratifiziert worden war.

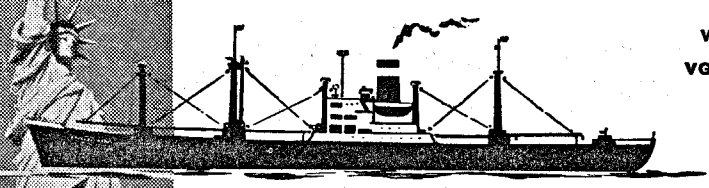
Drei Beweise des aufrichtigen Willens zur Zusammenarbeit hat inzwischen Österreich erbracht: Von der Anleihe der Russen für Niederösterreich wird nicht mehr gesprochen (die Russen haben ohnedies die meisten dafür bestimmten Schillingbeträge für österreichische Exporte bezahlt, statt diese im Clearing zu verrechnen). Dafür will Niederösterreich bei den österreichischen Banken eine 100 Mill. S-Anleihe zu 6,5 % Zinsen aufnehmen. Es läßt sich also die Absage an den Rubelblock etwas kosten, denn die Russen hätten nur 2 % verlangt und 500 Mill. S oder mehr gegeben. Weiter haben sich die Amerikaner bereiterklärt, Österreich auch im kommenden Fiskaljahr wieder in ihr Überschußprogramm aufzunehmen, wodurch Österreich landwirtschaftliche Güter im Werte von 580 Mill. S gegen Schillingzahlung erhalten wird (Kohle fehlt allerdings in diesem Programm). Zwei Drittel des Schillingeingangs werden als Investitionshilfe für Niederösterreich verwendet, das bisher vom ERP stiefmütterlich behandelt worden war. Die ehemalige Ostzone erhält daher im Nachziehverfahren ihren kleinen ERP als Osthilfe nachgereicht.

Endlich hat sich die ÖVP mit dem Eintritt Österreichs in den Europarat einverstanden erklärt. Damit haben Regierung und Parlament jene Wendung vollzogen, die unsere Betrachtung als fällig und notwendig erklärte. Daß es nicht gleich die Montanunion war, spielt dabei keine Rolle. Denn die Frage des Beitritts zur Montanunion muß nicht nur unter politischen, sondern auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Da sich über die wirtschaftlichen Vorteile der Montanunion für Österreich streiten läßt, so war der Beitritt zum Straßburger Europarat der einfachere Weg, um die Zusammenarbeit mit der westlichen Welt zu dokumentieren. (Man hat übrigens auch Verhandlungen mit der Montanunion angeknüpft, deren Zielsetzung und Ausgang aber noch ungewiß ist).

Daß alle diese Maßnahmen Diskussionen verursachten und vom Ausland argwöhnisch beobachtet wurden, zeigt, wie schwer es ist, eine neutrale Linie einzuhalten, und wie wenig man sich darüber im klaren ist, was eigentlich von einem neutralen Österreich erwartet werden kann. Denn wenn diese Neutralität richtig verstanden wird, ist sie eine Funktion einer gesamteuropäischen Friedenspolitik, die der Entspannung der politischen Gegensätze und nicht etwa Österreich allein dienen soll. Nur nebenbei sei erwähnt, daß auch die erhoffte Ausweitung des Osthandels sich schwieriger gestaltet, als manche erwartet hatten. Unverkennbar ist aber nach wie vor das Bestreben der Oststaaten, über Österreich mit dem Westen wirtschaftlich in Kontakt zu treten.

Frachtschnelldienste nach den USA

★ NACH NEW YORK
BOSTON
BALTIMORE
PHILADELPHIA
HAMPTON ROADS



WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN
WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFEN, ENGLAND UND FRANKREICH

HAMBURG, BALLINDAMM 1, TEL. 32 16 71
BREMEN, BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 2 15 61
BREMERHAVEN, COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

VON BREMEN, BREMERHAVEN UND HAMBURG

Die Klärung der österreichischen außenpolitischen Einstellung ist eben noch zur rechten Zeit erfolgt. (Sofort kam auch der erste Rüffel in der „Iswestija" wegen Neutralitätsverletzungen durch Amerikaner.) Denn die Regierung sah sich Ende Februar gezwungen, Neuwahlen auszuschreiben, weil sie die schwierigen Probleme nicht lösen konnte, die sich aus dem Staatsvertrag ergaben. Das „Deutsche Eigentum" ist nämlich ein Danaergeschenk. Wird es nicht reprivatisiert, muß es die Macht des Staates erweitern, wogegen die Volkspartei ihre Wähler aufruft. Die Frage, wie die Neutralität ausgelegt werden soll, wie auch der Beitritt zum Europarat werden aber im Wahlkampf keine Rolle mehr spielen.

Was an dem Versuch, eine „Austro-Neutralität" der Koexistenz, d. h. also unter sowjetischer Patronanz für einen Kleinstaat zu schaffen, gerügt werden mußte, das liest sich anders, wenn das neutrale Österreich Gefolgschaft finden sollte und wenn es nicht die einzige Brücke zwischen Ost und West bleibt. Die weitere Politik des westlichen Europa kann daher auch zur weiteren Präzisierung der österreichischen Neutralitätsauffassung führen.

Mit verbindlichen Grüßen!
K. W.

Zur Debatte steht: Politisierung des Moselkanal-Projekts

Die Hartnäckigkeit, mit der sich der Streit um den Bau des Moselkanals über die letzten Jahre am Leben erhalten hat, dürfte eher ein Zeichen für die Stärke der hinter dem Projekt stehenden Interessentengruppen als für die wirtschaftliche Bedeutung des Projekts selbst sein. Der Streit über die Wirtschaftlichkeit des Projekts dürfte nie zu einem Abschluß kommen, da die französischen Befürworter und die deutschen Gegner von völlig verschiedenen Annahmen ausgehen, die weitgehend solange Unbekannte bleiben werden, bis die Erfahrung bewiesen hat, ob die einen oder die anderen recht haben. Dabei spielt es für die Verteidiger keine Rolle, ob sich die Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit ihrer Argumentation erweist, denn wenn dieses umstrittene Projekt einmal durchgeführt ist, werden s i e nicht die Kosten der Unwirtschaftlichkeit zu tragen haben, sondern für alle Zeit einen Frachtkostenvorteil genießen, der ihnen im Rahmen der Montanverträge nicht eingeräumt werden könnte. Solange es sich um einen Streit über die Wirtschaftlichkeit handelte, konnte man der Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. In den letzten Wochen ist aber die Frage der Wirtschaftlichkeit hinter der politischen Argumentation zurückgetreten, und dieser Wechsel in der Diskussionsebene zwingt uns, einmal pointiert die Punkte herauszustellen, die bei der Beurteilung des Projektes als Politikum beachtet werden müssen.

Obwohl es in französischen Regierungskreisen anfänglich strikt geleugnet worden ist, daß man die Saarfrage mit dem Mosel-Projekt koppeln wolle, hat in den letzten Besprechungen die deutsche Bereitwilligkeit zur Durchführung des Kanalprojektes eindeutig den Charakter einer Kompensationsgabe für ein Entgegenkommen Frankreichs in der Saarfrage erhalten. Zweifellos ist es durchaus denkbar, daß ein Staat, der einem anderen einen Wunsch auf politischer Ebene erfüllt, dafür erwartet, daß ihm der andere als Kompensation einen wirtschaftlichen erfüllt. Und es wäre töricht, die Erfüllung eines solchen Wunsches nur abzulehnen, weil er ein wirtschaftliches Opfer erfordert. Die politische Atmosphäre könnte manchmal entschärft werden, wenn man die Austauschfähigkeit von Objekten auf verschiedener Ebene etwas ernster in Betracht zöge. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte man auch die Unwirtschaftlichkeit eines Projektes — wie es der Moselkanal für uns ist — in Kauf nehmen. Bei dem vorliegenden Fall muß man aber einmal ganz nüchtern fragen, ob die Bereinigung der Saarfrage in ihrem heutigen Stadium überhaupt noch ein Kompensationsobjekt erfordert oder ob sie nicht vielmehr nur die Erfüllung eines völkerrechtlichen Faktums darstellt. Selbstverständlich verlangt es das nachbarliche Freundschaftsverhältnis, daß wir uns darum bemühen, jede wirtschaftliche Härte, die eine Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland für Frankreich bedeuten könnte, zu beseitigen. Die Erfüllung dieser berechtigten Forderung muß sich aber auf die französisch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen beschränken und darf nicht den Charakter einer Kompensation erhalten.

Im Zusammenhang mit der Politisierung der Moselkanalfrage ist von französischer Seite geltend gemacht worden, daß dieses Projekt ein erstrangiges Anliegen der europäischen Integration sei. Dieses Argument dürfte jedoch die politische Bedeutung des Projekts weit überschätzen. Bestenfalls könnte der Kanal im zwischenstaatlichen Verkehr einen zusätzlichen Transportweg darstellen, der die gegenwärtige Verkehrskapazität erhöht. Schon bei den Wirtschaftlichkeitserwägungen ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Erhöhung der Verkehrskapazität überhaupt notwendig sei, und es kann nicht bestritten werden, daß diese ebensogut — wenn nicht besser — auf andere Weise zu erreichen ist. Wenn durch die Elektrifizierung der Moselbahn die gegenwärtig nicht einmal voll ausgenutzte Kapazität dieser Strecke um etwa 150 % erhöht werden kann, so wird damit ein größeres Verkehrsvolumen geschaffen, als es der Kanalweg jemals bieten kann. Wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß auch Belgien und Luxemburg den Plan aus wirtschaftlichen Gründen ablehnen, so wird man nicht ernsthaft behaupten können, daß mit seiner Durchführung die europäische Integration auch nur einen Schritt vorangetrieben würde. Man kann aber selbst nicht einmal behaupten, daß dieses Projekt ein allgemein französisches Anliegen darstellt, denn es hat in Frankreich selbst heftige Gegner.

Wo fehlt eine?
Wir liefern alle Marken gegen bequeme Monatsraten. Anzahlung schon ab 4.- Postkarte genügt und Sie erhalten kostenlos unseren großen Schreibmaschinen-Ratgeber Nr. 573 B
NÖTHEL + CO. Göttingen

Die große Gefahr der gegenwärtigen Entwicklung liegt darin, daß dieses Interessenten-Projekt durch innenpolitische Einflüsse zu einer französischen Prestigefrage erhoben wird, womit dem Gedanken der europäischen Integration ein schwerer Schaden zugefügt werden könnte. Man sollte den Plan auf seine eigentliche, beschränkte Bedeutung zurückschrauben und ihn im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen des politischen Charakters entkleiden. Für die Verbesserung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen gibt es andere Ansatzpunkte. (h)